

**Antrag auf Änderung oder Aufhebung  
der Wohnsitzzuweisung  
gem. § 12 Abs. 5 AufenthG**

| <b>Antragsteller</b><br>(ggf. auch mehrere Nennungen) |  |
|---|--|
| Familienname  |  |
| Vorname   |  |
| Geburtsdatum  |  |
| Weitere Familienangehörige                            |  |
| Postanschrift   |  |

| <b>Gewünschter Wohnort</b> |  |
|----------------------------|--|
| Stadt / Gemeinde           |  |

Die Aufhebung der Wohnsitzzuweisung wird aus einem der folgenden Gründe beantragt:

- Familienzusammenführung** (Ehepartner/in, Lebenspartnerschaft, minderjährige Kinder)  
**Erforderliche Nachweise:**  
Ehegatte: Aufenthaltsdokumente, Meldebescheinigung, Ehenachweis  
eingetragene Lebenspartner: Aufenthaltsdokumente, Meldebescheinigung, Urkunde über die eingetragene Lebenspartnerschaft  
Minderjährige/s Kind/er: Aufenthaltsdokumente, Geburtsurkunde des Kindes/ der Kinder, Bestallungsurkunde
  
- Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, Lebensunterhalt sicherndes Einkommen, Ausbildungsverhältnis, Studium; berufsorientierende oder berufsvorbereitende Maßnahmen**  
**Erforderliche Nachweise:**  
schriftlichen Arbeitsvertrag und Einkommensnachweis (Nicht erfasst werden Minijobs und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse) oder

schriftlicher Ausbildungsvertrag (Ausbildungsverhältnis) oder  
Immatrikulationsbescheinigung (Studium) oder  
Bescheinigung über die Durchführung der berufs- oder studienvorbereitenden  
Maßnahme. Diese muss von der entsprechenden Stelle, welche die Maßnahme  
durchführt bzw. durchführen wird, ausgestellt werden

**Es bestehen andere humanitäre Gründe oder integrationsrelevante Umstände für  
eine Zuweisung in eine bestimmte Kommune**

- gesundheitliche Gründe
- Pflegebedürftigkeit
- Psychotherapeutische und psychiatrische Behandlung
- sonstige Gründe (bitte angeben):

**Erforderliche Nachweise:**

gesundheitliche Gründe: Aufenthaltsdokumente, fachärztliches Attest bezüglich der  
Erkrankung mit zwingender Notwendigkeit der Zuweisung in eine bestimmte Kommune.

Pflegebedürftigkeit: Aufenthaltsdokumente, ärztliche Bescheinigung über die  
Pflegebedürftigkeit

psychotherapeutische und psychiatrische Behandlung: Aufenthaltsdokumente, ärztliches  
Attest bezüglich der Erkrankung mit zwingender Notwendigkeit der Zuweisung in eine  
bestimmte Kommune.

Sonstiges: Entsprechend der von Ihnen vorgebrachten Gründe, müssen offizielle Dokumente  
als Nachweis eingereicht werden

- Es liegt eine Einschätzung des Jugendamtes vor, dass Leistungen und Maßnahmen der  
Kinder- und Jugendhilfe nach dem 8. Sozialgesetzbuch nur an bestimmten Orten  
gewährleistet sind.

**Erforderlicher Nachweis:** schriftliche Einschätzung des Jugendamtes einzureichen, in der  
die Gründe vorgebracht werden, weshalb Leistungen und Maßnahmen der Kinder- und  
Jugendhilfe nach dem 8. Sozialgesetzbuch nur an bestimmten Orten gewährleistet werden  
können.

- Ein anderes Bundesland hat aus dringenden persönlichen Gründen die Übernahme  
zugesagt

Wenn ja, bitte Bundesland angeben

**Erforderlicher Nachweis:** schriftliche Zusage des anderen Bundeslandes

**Anträge sind Gem. § 23 Abs. 1 VwVfG auf Deutsch zu stellen.**

**Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksregierung Arnsberg bleibt es  
unbenommen, neben den genannten Unterlagen noch weitere zur Entscheidung  
notwendige Dokumente anzufordern.**

**Dokumente in Heimatsprache sind vorher durch einen vereidigten Übersetzer ins  
Deutsche zu übersetzen.**

---

Datum

Unterschrift Antragsteller und Ehe-/Lebenspartner